

Bericht des Ältestenrates der Partei DIE LINKE an die 1.Tagung des 7. Parteitages

Wie in allen Bereichen von Gesellschaft und Partei bedeutete die Corona-Pandemie auch für die Mitglieder des Ältestenrates, da wir mit unserem Alter zu einer Risikogruppe gehören, manche Einschränkung. Wir haben uns gleichwohl um aktive Teilnahme am Parteileben bemüht. Dies zeigte sich in einigen Berichten und Positionsbestimmungen an den Parteivorstand und an den Bundesausschuss.

Thematisch waren Schwerpunkte unserer Tätigkeit:

- Aktives Mitwirken bei der Strategiedebatte
- Arbeit am »Zukunftsprojekt Ostdeutschland«
- Auswertung der Wahlen zum Europäischen Parlament und der Landtagswahlen 2019
- Fragen der internationalen Lage und der Politik der Partei
- Damit vor allem Mitwirken an der Vorbereitung des Erfurter Parteitages

Mit dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Genossen Dietmar Bartsch, führten wir einen Meinungsaustausch zu den Themen:

- Über die weitere politische Arbeit an einem »Zukunftsprojekt Ostdeutschland«, denn auch 30 Jahre nach der Vereinigung sehen wir in der Gegenwart Strukturen der Teilung und Diskriminierung.
- Der Ältestenrat war bemüht, mit sachkundigen Beratern in unserer Willensbildung den eigenen Erfahrungshorizont zu erweitern. Dies bestimmte die Diskussionen über ein Thesenpapier zur Zukunftsdebatte von Dr. Thomas Falkner und ein Erfahrungsaustausch mit Genossinnen und Genossen der Basisorganisation der Uni Potsdam.
- Im Mittelpunkt unserer Tätigkeit in der Berichtsperiode standen die Beratung und Beschlussfassung der 2. Tagung des 6. Parteitages vom 22. bis 24. Februar 2019 in Bonn.

Zusammengefasst unsere wichtigsten Argumente:

1. Die Misserfolge bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen sowie der Wahl zum Europäischen Parlament schufen eine Nachdenklichkeit über zentrale Fragen der Parteientwicklung.

Die Debatte im Parteivorstand hatte den Tenor: »Ein »Weiter so« geht nicht».

Die Schwierigkeit der Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse verdeutlichte der Erfolg unserer Partei in Thüringen. Im Ergebnis konnte der Wahlerfolg nur durch die Bildung einer Minderheitsregierung umgesetzt werden.

Trotz der Aufforderung seitens des Bundesausschusses und eines Positionspapieres des Ältestenrates wurde dem Parteivorstand keine gründliche Analyse zur Beratung vorgelegt, die Grundlage einer konstruktiven Debatte hätte werden können. Es blieb bei mündlichen Ansagen unter dem Tagesordnungspunkt »Aktuelle Politik«.

2. Den verstärkten Anforderungen aus Gliederungen der Partei folgend, wurde im Oktober 2019 auf eine Strategiedebatte orientiert und für Februar 2020 eine Strategiekonferenz der Partei in Kassel beschlossen. Die breiten Reaktionen an der Basis, mit über 500 Beiträgen im Vorfeld, machten das Bedürfnis der Ausarbeitung einer Strategie sichtbar, mit der durch die gesamte Parteiorganisation

das Profil und die Zukunftspolitik der Partei DIE LINKE für die bundesdeutsche Gesellschaft vorangetrieben werden könnte.

In der Strategiedebatte vermissten wir eine inhaltliche Positionsbestimmung und Orientierung durch den Parteivorstand. Dadurch wurde die Verständigung auf eine künftige Strategie der Partei eingeschränkt.

Gleichwohl: Die Strategiekonferenz in Kassel war ein Teilerfolg. In den Medien wurde mehr über vereinzelte Aussagen und Positionen von einzelnen Teilnehmern spekuliert. In den nachfolgenden Monaten überwogen in der Partei persönlich eingefärbte Sichtweisen und nicht abgestimmte Interpretationen über die künftige Ausrichtung der Politik der Partei. Ein Bild über mögliche Richtungen und Ausrichtungen wurde nicht sichtbar.

Zudem wurde in den nachfolgenden Monaten wegen der Corona-Pandemie der parteiinterne Willensbildungsprozess eingeschränkt, und die Beratungen als Videokonferenzen waren kein Ersatz für die Willensbildung.

Anfang Mai legten die Genossin Katja Kipping und die Genossen Bernd Riexinger, Jörg Schindler und Harald Wolf ein Positionspapier vor. Auch hier wurden Aussprache und Debatte als Videokonferenz des Parteivorstandes durchgeführt. Unser Eindruck: Die Strategiedebatte und die Kasseler Konferenz blieben im Wesentlichen unbeachtet.

3. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen erforderten eine Verschiebung des bereits einberufenen Erfurter Parteitages um ca. fünf Monate.

Während die organisatorische Vorbereitung fortgesetzt wurde, blieb die inhaltliche Vorbereitungsarbeit weitgehend ungeklärt.

Der Ältestenrat wirkte im Rahmen der aktuellen Möglichkeiten und seiner Rechenschaftspflicht an der weiteren Vorbereitung des Parteitages mit.

In einem Positionspapier zur Vorbereitung des Erfurter Parteitages haben wir den Parteivorstand und den Bundesausschuss über unsere Schwerpunkte informiert, z. B. zum 8. Mai, dem 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus.

Unsere Debatte und die formulierten Positionen waren auf Inhalte einer Partei- und Führungsdebatte vor und auf dem Parteitag gerichtet mit besonderem Gewicht auf der Einhaltung der Satzung. Der Bundesausschuss übergab dieses Positionspapier seinen Mitgliedern und bat den Ältestenrat, darüber auf seiner Tagung am 27. Juni 2020 zu berichten. Für die weitere Beratung des Parteivorstandes und die Teilnahme an der öffentlichen Debatte als Satzungsaufgabe des Ältestenrates hat die Tagung des Bundesausschusses vom 27. Juni 2020 mit dem Blick auf den Erfurter Parteitag weitere Anstöße gegeben.

Am 4. Juli 2020 gab der Bundesausschuss schriftlich und mündlich durch seinen Sprecher Willi van Ooyen Bericht an den Parteivorstand. Für den Parteivorstand sprachen Bernd Riexinger und Jörg Schindler. Der Ältestenrat wurde von Hans Modrow von diesen Berichten und Debatten informiert und brachte die eigene Sichtweise in die Beratung des Parteivorstands vom 4. Juli 2020 ein.

In der schriftlichen Notiz heißt es:

Zum Tagesordnungspunkt »Die aktuelle politische Lage und die Anforderungen an DIE LINKE« hatte der Bundesausschuss seinen Mitgliedern das Positionspapier des Ältestenrates zur weiteren Vorbereitung des Erfurter Parteitages übergeben und als Vertreter des Ältestenrates Hans Modrow eingeladen und gebeten, zu referieren. Für den Parteivorstand traten Genosse Bernd Riexinger, Vorsitzender, und Genosse Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer, auf.

Im Protokoll der Tagung des Parteivorstandes ist unter über 20 Teilfragen in einer Debatte von gerade 70 Minuten zu lesen, dass Willi van Ooyen Bericht gab und die Strategiedebatte weiter geführt werden sollte.

4. In einem Gespräch von Vertretern des Ältestenrates mit dem Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler bezog sich der Ältestenrat auf den Beschluss des Bundesausschusses zu seiner Arbeitsweise für 2020/2021, mit dem Bezug zur Satzung, in dem es heißt:
»Der Bundesausschuss ist das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand.«

Neben eigener Schwerpunktsetzung für seine Tätigkeit fordert er zu einem engen Zusammenwirken und der Wahrnehmung der Satzungsverpflichtung auf. Die Beratung des Bundesausschusses war insgesamt von einem konstruktiven, kritischen Charakter getragen und bietet die Chance, für eine schöpferische, offene, transparente Vorbereitung und Gestaltung des Erfurter Parteitages einzutreten. Parteivorstand und Bundestagsfraktion sollten Formen eines Miteinanders finden, und über Länder und Kreise sollte eine Parteidiskussion im Vorfeld initiiert werden, die die Kraft und Stärke der Partei zur Entfaltung bringen.

Bernd Riexinger bezeichnete eine Beratung des Bundesausschusses mit seinen gewählten Vertretern und den Möglichkeiten seiner Ausstrahlung in die Partei und Öffentlichkeit als einen kleinen Parteitag. Der 27. Juni 2020 könnte dafür ein Beleg sein.

5. Durch die Mitgliedschaft eines Vertreters des Ältestenrates in der Internationalen Kommission des Parteivorstandes gewinnen Fragen der internationalen Lage und Politik der Partei wachsende Bedeutung in den Beratungen des Ältestenrates.

In der Außenpolitik trugen erfahrene ehemalige Mitglieder des Bundestages oder ehemalige Diplomaten gleichfalls zur Beratung bei. Der 75. Jahrestag des Sieges der alliierten Streitkräfte über das faschistische Deutschland mit seiner bedingungslosen Kapitulation war uns Verpflichtung, in Berlin, dem Ort der letzten großen Schlacht des Zweiten Weltkrieges, der Sowjetunion und ihrer Roten Armee zu gedenken und sie zu ehren.

Ganz entschieden weisen wir das Verhalten des Präsidenten der Bundesrepublik Steinmeier zurück. Wenn er als Bürger der BRD eine ungenügende Geschichtskennntnis besitzt, ist das seine Sache. Wenn er mit seiner Rede als deutscher Bundespräsident kein Wort zur Sowjetunion und der Roten Armee zu sagen weiß, handelt es sich um eine politische Provokation. Nicht nur, weil hier ein Sozialdemokrat den Ausspruch des Bundespräsidenten von Weizsäcker über die Befreiung vom Faschismus im Jahre 1985 im Deutschen Bundestag im Wesentlichen missachtet, sondern eine Demütigung der Völker, die in der Sowjetunion vereint waren und die die Hauptlast des Zweiten Weltkrieges getragen haben, vollzieht.

Der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin unterbreitete im Ergebnis einer umfassenden Betrachtung des 75. Jahrestages des Großen Sieges den Vorschlag, die Rechte und Möglichkeiten des im Jahre 1945 geschaffenen Sicherheitsrates in der Gegenwart für Vertrauensbildung und Überwindung der Krise, die von der Corona-Pandemie ausgelöst wurde, für die Zukunft zu nutzen. Wir gehen im Ältestenrat davon aus, dass ein »5er Gipfel« der Länder mit Vetorecht eine Chance für realen Fortschritt sein könnte.

Ein Anliegen, dem sich die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zielstrebig anschließen sollte. Wiederholt haben wir unseren Blick auf die Entwicklung der Europäischen Union und der Linkskräfte gerichtet.

Es gab dazu auch einen Meinungs austausch mit dem Präsidenten der Partei der Europäischen Linken, Heinz Bierbaum. Die EL bleibt auf einem tiefen Stand ihrer Entwicklung stabil. Dabei gibt es parlamentarische Möglichkeiten ihres Wirkens in regionalen Räumen, in nationalen Parlamenten gibt es eine geringe Vertretung. Auch die Linksfraktion im Europäischen Parlament hat an Stärke verloren.

In Frankreich ging bei den Kommunalwahlen bis Juni der Einfluss der Partei Macrons zurück, die Sozialistische Partei konnte etwas Boden gewinnen, die KP Frankreichs kam insgesamt auf 1,07 Prozent, obwohl sie in 23 Gemeinden den Bürgermeisterposten gewann. Der Parteivorstand hat Berichte zur EL und zur Linksfraktion im Europäischen Parlament beraten.

Die Bewertung des Bundesgeschäftsführers in der Kurzinformation über die Beratung des Parteivorstandes, dass ein qualitativer Sprung in der Zusammenarbeit und der Vermittlung des Themas Europa nach außen über linke Politik erreicht wurde, teilen wir nicht. Wir richten unsere Bitte an den Parteitag, der Entwicklung der europäischen Linkskräfte gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Die EU scheint in ihrer tiefsten politischen und wirtschaftlichen Krise zu sein und stärkt zugleich ihren militärischen Faktor. Die Linkskräfte der EU, meinen wir, brauchen vereinte Kräfte, um mit einem eigenen Konzept Wirksamkeit gegen diese Entwicklung zu erreichen. Eine Herausforderung, vor der unser Parteitag in Erfurt gegenüber allen Linkskräften in ganz Europa, und nicht nur der EU, steht.

6. Im Positionspapier des Ältestenrates zur Vorbereitung des Erfurter Parteitages heißt es:
30 Jahre nach dem Beitritt der DDR auf der Basis des Artikels 23 des Grundgesetzes der BRD zeigen Fakten große Ungleichheiten und politischen Geschichtsmisbrauch in einem Prozess, der zum Anschluss geworden ist, ganz wesentliche Züge einer tiefen »Zweiheit«. Sie sind auch durch jährliche Berichte im Deutschen Bundestag mit der Tendenz zur Schönfärberei nicht zu vertuschen.

In der alten BRD sind Einsatz und Aufwendungen für die »Aufarbeitung« der Zeit des Faschismus nie so groß und aufwendig gewesen, wie die Betrachtungen zur DDR.

Bis heute fehlt der Ansatz und Auftrag, die gesamtdeutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart darzustellen.

DIE LINKE läuft Gefahr, ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern in den östlichen Ländern durch Anpassung an Verfälschungen von Geschichte und historischen Abläufen bei der Vertretung ihrer Interessen, an Zustimmung zu verlieren.

»Zeitenwende« bleibt leeres Gerede, wenn historischen Vorgängen ausgewichen wird. In diesem Sinne unterstützen wir den Protest der Historischen Kommission beim Parteivorstand gegen die Entscheidung Katja Kippings, ihre Erklärung zum 17. Juni 1953 aus dem Netz zu nehmen. Katja Kipping hob später diese Entscheidung auf.

Ursache des Ereignisses war eine CDU-Rednerin im Deutschen Bundestag, die eine Betrachtung zum Ereignis in der kritischen Erklärung der Historischen Kommission aufgriff. Sie lautet: »Obwohl die Befunde der zeitgeschichtlichen Forschung den sowjetischen Truppen ein maßvolles Vorgehen bescheinigen, hält sich das Narrativ, die Menschen seien »blutig niedergewalzt« worden.«

Der ganze Vorgang und auch Aussagen mancher Politiker in unseren Reihen zeigen, wie stark die Darstellung der Geschichte zur Politik gehört. Wenn Gregor Gysi im Deutschen Bundestag im Zwischenruf als »Mörder« bzw. die Partei als »Mörderpartei« bezeichnet wird, dann wird eine neue Stufe politischer Kämpfe angestrebt mit Freiraum für faschistische Elemente in der bundesdeutschen Gesellschaft.

Regierungsbildung mit Koalitionsverträgen und pauschaler Angabe vom »Unrechtsstaat DDR« sollte nicht tragbar sein. Welches Recht galt in der alten BRD für juristische Verfolgung, wenn bis in die 1960er Jahre Eltern für die Teilnahme ihrer Kinder am Ferienlager in der DDR strafbar waren. Was in ganz Westeuropa nicht geschah, trotz verbreitetem Antikommunismus, war ein Verbot der kommunistischen Parteien. In der BRD wurde die KPD jedoch 1956 verboten, mit juristischer Verfolgung der Mitglieder bis zum Berufsverbot.

Das Schreiben und die Darstellung einer gesamtdeutschen Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart sind zur historischen Herausforderung geworden, die unsere Partei fordern und vertreten sollte. »Zweiheit« kann nicht Einheit bringen.

7. Offensichtlich ist ein Standardthema aller linken Parteien der Streit um Koalitionsbildung und die mögliche Regierungsbeteiligung der linkssozialistischen Kräfte. Auch im Vorfeld des Parteitages ist dieses Thema mit der Formel Rot-Rot-Grün wieder ganz aktuell geworden. Ob gewollt oder ungewollt haben Katja Kipping, Bernd Riexinger, Harald Wolf und Jörg Schindler dieses strittige Thema mit ihrem Papier über die Medien in die Öffentlichkeit getragen und in

Reihen der Partei eine sehr gegensätzliche Diskussion ausgelöst.

Den Delegierten des Parteitag in Erfurt ist mit ihrem Mandat damit eine hohe Verantwortung übertragen. Von ihren Entscheidungen hängt nun ab, welche Strategie die Partei DIE LINKE verfolgen wird und wem die Verantwortung für die Führung der Partei übertragen werden soll.

Wir wollen nicht an alten Auffassungen festhalten und begrüßen die aktuellen politischen Betrachtungen, die zur Debatte stehen. Gleichwohl fragen wir uns: Kann die Linkspartei eine sozialökonomische Veränderung anstreben ohne entsprechende Erwartungen zu nähren, mit einer rot-rot-grünen Regierung könne erfolgreich eine gesellschaftliche Veränderung erreicht werden? Diese Erwartung einer rot-rot-grünen Gesellschaftsveränderung steht für uns noch immer im Widerspruch zur aktuellen Realität. Uns geht es keineswegs um eine prinzipielle Rechthaberei, sondern um die Verdeutlichung einer Schrittfolge: Ziel ist eine grundlegende Veränderung der ökonomischen Verhältnisse und Steuerungsmodi der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung. In diesem Zusammenhang sind die bisherigen Ergebnisse und geschichtlich-gesellschaftlichen Erfahrungen zu betrachten. Von diesem Fundament aus könnten dann die Möglichkeiten und Chancen einer Transformationsveränderung geprüft werden. Diese Schrittfolge könnte in eine Zukunftskonzeption der Partei DIE LINKE eingehen, welches die Orientierung für die reale Politik auf allen Ebenen der Partei sein könnte.

Der Erfurter Partei könnte im Vorfeld der Wahlen von 2021 den Horizont eines anzustrebenden Bündnisses von Rot-Rot-Grün debattieren und festlegen. Wir sprechen uns für diese Schrittfolge und eine Diskussion einer Zukunftskonzeption auf dem kommenden Parteitag aus. Dabei sehen wir: Die Regierungsteilnahme der PDS und der LINKEN ist bereits geschichtliche Praxis gewesen und daher mit vielfältigen Erfahrungen verknüpft, die heute teils beachtet, teils ignoriert werden. Einer Analyse und der Forderung nach Verantwortung sind wir bisher ständig ausgewichen.

- Die Regierungsteilnahme in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg war in mehreren Wahlperioden möglich, wurde dann aber mit anhaltender Nachwirkung der Wahlniederlagen beendet.
- Die politischen Auseinandersetzungen in Thüringen haben der Partei DIE LINKE im Resultat die Zustimmung einer breiten Wählerschaft gebracht. Allerdings erscheinen diese Erfahrungen für andere Bundesländer und den Bund kaum übertragbar. Gewählt wurde eine Person, mit der sich Erwartungen verbinden und im geringem Umfang die Liste der LINKEN. Mit der Thüringer Landesregierung haben SPD und Grüne Rückschläge erlitten.
- Für die Bildung einer neuen Bundesregierung erscheint Thüringen kaum Modellcharakter zu besitzen. Wie sich die politischen Kräfteverhältnisse nach der Corona-Pandemie im Herbst 2021 gestalten, ist für alle Parteien bei den Bundestags- und den anstehenden Landtagswahlen noch sehr unklar. Die Kanzlerfrage ist für CDU/CSU und SPD ganz offen. Die Grünen rechnen sich auch Chancen aus. Für 2021 sind bereits zwei Beratungen des Parteitages im April und Juni vorgesehen.

Noch vor der Abgabe unseres Berichtes sind neue Momente im Prozess politischer Meinungsbildung entstanden. Die SPD hat die wiederholten Angebote der Partei DIE LINKE aufgenommen und eigene Entscheidungen in kürzester Frist getroffen. Kanzlerkandidat wird Olaf Scholz sein, der aber mittlerweile erklärt hat, dass er DIE LINKE als nicht regierungsfähig ansieht.

Mit der Wahl von Erfurt als Tagungsort unseres Parteitages sehen wir uns in der großen Tradition der Debatte um ein taugliches sozialistisches Programm in Deutschland. 1891, in der Zeit des deutschen Kaiserreiches, wurde hier das Erfurter SPD-Programm beschlossen. Im Jahre 2011 gaben sich in Erfurt die zur LINKEN vereinigte PDS und WASG ein modernes sozialistisches Programm, dem dann im Dezember eine große Mehrheit der Mitglieder unserer Partei ihre Zustimmung gab.

Im SPD-Programm von 1891 hieß es: »Die Arbeiterklasse ... kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.« Unser Erfurter Programm von 2011 stellt klar: »Wir wollen eine Gesellschaft des demokrati-

schen Sozialismus aufbauen. ... Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.« Und weiter: »Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen. Für die Entstehung und Durchsetzung von Klassenmacht sind gewerkschaftliche und politische Organisationen erforderlich, in denen gemeinsame Interessen formuliert und Kämpfe zu ihrer Durchsetzung geführt werden.« Wenn wir uns heute und in den nächsten Tagen wieder in Erfurt zusammenfinden, um gerade auch über die Regierungsfrage zu diskutieren, sollten wir uns an zwei Aussagen im Erfurter Programm von 2011 besonders erinnern: »Bündnisse mit anderen politischen Parteien gehen wir dann ein, wenn dies den von uns angestrebten Richtungswechsel in der Gesellschaft fördert.« Und: »An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt ... werden wir uns nicht beteiligen.«

Der Erfurter Parteitag steht also vor der Herausforderung, sich der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu stellen, eine neue Führung der Partei zu wählen und zugleich im Rahmen einer strategischen Festlegung über eine Zukunftskonzeption zu befinden und so eine Orientierung für linke Politik vorzuschlagen.

Der Ältestenrat wird sich in seinen Beratungen diesen Herausforderungen mit Rat und Teilnahme an öffentlichen Debatten auch stellen müssen.